

Experte spricht im Gymnasium Dionysianum über Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die internationale Politik versagt

RHEINE. Unter der Überschrift „Die Kündigung des INF-Vertrages: Droht ein neues Wettrennen?“ referierte Alexander Graef auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik in der vergangenen Woche im Gymnasium Dionysianum. Er zeichnete ein überwiegend bedrückendes Bild von der Zukunft der Rüstungskontrolle. Graef charakterisierte die derzeitige Situation als „mindestens so gefährlich wie in den Zeiten des Kalten Krieges“. Die Überzeugung, dass ein nuklearer Krieg nicht gewonnen werden und deshalb niemals geführt werden dürfe – 1987 gemeinsam von US-Präsident Reagan und KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow zum Ausdruck gebracht – werde zunehmend in Frage gestellt.

Die Gründe für das Scheitern der Politik, weiter atomar und konventionell abzurüsten, seien vielschichtig. Sowohl der Mangel an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Staaten, neue technologische Entwicklungen, Veränderungen auf den politischen Landkarten und die Tendenz zu einem größeren Nationalismus vereiteln derzeit die allermeisten Bemühungen.

Im August 2019 stiegen die USA aus dem INF-Vertrag über das Verbot bodengestützter nuklearfähiger Mittelstreckenwaffen aus. Offizieller Grund: die Entwicklung eines Marschflugkörpers mittlerer Reichweite durch Russland. Dennoch dürfte auch das wachsende Arsenal chinesischer Mittelstreckenraketen, die vom bilateralen INF-Vertrag nicht erfasst wurden, ein Faktor in den Überlegungen gewesen sein. Für Europa bedeutet das En-



Ernüchternde Bilanz: Experte Alexander Graef sprach über die Abrüstung – mit sorgenvollem Blick auf die aktuelle politische Weltlage.

Foto: privat

de des Vertrags eine neue sicherheitspolitische Debatte, die eine mögliche Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen einschließt.

Im Februar 2021 läuft zudem der „New START Vertrag“ zwischen Russland und den USA aus, sollten sich die Parteien bis dahin nicht noch auf eine fünfjährige Verlängerung einigen. Der Vertrag begrenzt die Anzahl der strategischen nuklearen Sprengköpfe und deren Trägersysteme. Gleichzeitig entwickeln beide Staaten neue Technologien wie Hyperschallsysteme mit bis zu 20-facher Schallgeschwindigkeit. Diese verkürzen nicht nur die Reaktionszeit, sondern vergrößern durch teilweise nichtballistische und daher nicht mehr abschätzbare Flugbahnen die gegenseitige Unsicherheit mit Folgen für die strategische Stabilität.

Dazu kommt der mangelnde Wille zu gegenseitiger

Transparenz und das fehlende Vertrauen zwischen Moskau und Washington. Während Russland seine Sicherheit vom globalen Raketenabwehrsystem der USA, darunter auch den in Rumänien und Polen stationierten Systemen, bedroht sieht, hat das Vorgehen Moskaus im post-sowjetischen Raum, allen voran die Annexion der Krim im März 2014, die Beziehungen nachhaltig zerrüttet und zu neuen Diskussionen über Abschreckung innerhalb der NATO geführt.

So steht die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vor großen Herausforderungen. Das ursprüngliche Kernstück – der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) von 1990 – ist seit der Suspendierung durch Russland im Jahr 2007 und dem vollständigen Rückzug des Landes in 2015 politisch zahlos. Gleichzeitig hat der Wandel von Streitkräften seit

Ende des Kalten Krieges dazu geführt, dass wichtige Waffenarten vom KSE nicht erfasst werden und die Höchstgrenzen für damalige Systeme weit über den heute üblichen Größenordnungen liegen. Sie entfallen damit kaum noch einen echten Sicherheitsgewinn.

Die politische Krise wirkt sich auch auf die fehlende Reform des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen von 2011 aus. Das politische Abkommen ermöglicht zwar einen Informationsaustausch über Truppenstärken, die Notifikation von militärischen Übungen und Inspektionen vor Ort. Einige der Bestimmungen werden jedoch seit Jahren insbesondere von Russland unterwandert.

Gleichzeitig steht der Vertrag über den offenen Himmel (Open Skies), der gegenseitige Aufklärungsflüge über das gesamte Staatsge-

biet der Partner, darunter auch Deutschland, ermöglicht, mittlerweile ebenfalls auf dem Prüfstand. Sowohl Russland als auch die USA schränken die eigentlich vertraglich vereinbarten zulässigen Aufklärungsflüge über dem jeweils eigenen Territorium ein. Die USA denken offen über Ausstieg nach.

Zusammenfassend stellte Graef fest, dass es sowohl eine Krise der konventionellen als auch der nuklearen (bilateralen) Rüstungskontrolle gebe. Neben der technologischen Entwicklung, der Zunahme von Akteuren und ungelösten territorialen Konflikten im post-sowjetischen Raum, verhindere die sich vertiefende Vertrauenskrise zwischen den USA, der NATO und Russland seit 2014 positive Fortschritte. Letztlich sei Rüstungskontrolle und vor allem Abrüstung aber immer auf ein förderliches politisches Umfeld angewiesen.